

Umstrittene Nutzungsgebühren

Allschwil will in diesem Januar über die Abgaben für Hallenbenutzung entscheiden

Von Alex Reichmuth

Allschwil. Rolf Dennler wirkt frustriert. «Wir können nichts mehr machen», sagt der Präsident der IG Vereine Allschwil. Es geht um die Gebühren für die Benutzung von Turnhallen und anderer öffentlicher Anlagen. 2016 hat der Gemeinderat eine Verordnungsänderung beschlossen. Künftig sollen auch einheimische Vereine für die Benutzung der Hallen zur Kasse kommen. Seit mehr als zwei Jahren laufen die Allschwiler Vereine gegen die neue Verordnung Sturm. Sie machen geltend, dass sie wichtige soziale und integrative Aufgaben in der Gemeinde erfüllen. Darum sei es ein Affront, wenn sie nun Nutzungsgebühren zahlen müssten.

Ursprünglich wollte der Gemeinderat die Gebühren schon auf Mitte 2017 einführen. Wegen den Protesten der Vereine verschob er dies aber auf Anfang 2018. Zudem gewährte er eine stufenweise Einführung der Gebühren: 2018 mussten die Vereine erst dreissig Prozent bezahlen, dieses Jahr sechzig Prozent und 2020 neunzig Prozent. 2021 wird erstmals der volle Betrag fällig.

2125 Unterschriften

Doch den Vereinen genügt das nicht. Mitte Oktober reichten sie eine Petition ein, in der sie den Verzicht auf Nutzungsgebühren für einheimische Vereine forderten. 200 Unterschriften wären für das Zustandekommen nötig gewesen. Mehr als zehnmal so viele, nämlich 2125 Personen, hatten die Petition am Ende unterschrieben, bei einer Einwohnerzahl von rund 21 000. Offenbar bewegen die neuen Gebühren breite Bevölkerungsschichten

Die Erwartung von Rolf Dennler, dass im Gemeinderat in Sachen Gebühren nun etwas geht, hat sich bisher aber nicht erfüllt: «Da ist nur Schweigen im Wald.» Weil der Gemeinderat das alleinige Sagen über die Gebührenverordnung habe, sei man letztlich machtlos, ärgert sich der Präsident der IG Vereine.

Auch der Allschwiler Einwohnerrat hat getan, was er tun konnte: Im letzten Juli überwies der Rat ein Postulat, in dem der Gemeinderat aufgefordert wird, die Gebührenverordnung nochmals zu überarbeiten. Der Gemeinderat hat ein ganzes Jahr Zeit, um auf das Postulat einzugehen. Die Vereine erwarten aber einen raschen Entscheid. Der Gemeinderat spiele auf Zeit, ist sich Dennler sicher.



Wehren sich seit Jahren gegen die Verordnung. Handballerinnen des ATV/KV Basel im Angriff. Foto Pino Covino

Verärgert ist auch Beni Gnos vom Verband «Badminton für alle». In einem Leserbrief, der kürzlich im *Allschwiler Wochenblatt* erschienen ist, bemängelte er die Nichtreaktion des Gemeinderats zur eingereichten Petition. «Seither sind zwei Monate vergangen. Glauben Sie nun, wir hätten vom Gemeinderat seither eine Antwort erhalten? Nichts! Keine Verdankung, keine Antwort – rein gar nichts», schrieb Gnos.

Das Ganze sei ärgerlich, da nicht nur die Vereine, sondern auch die Bevölkerung den Hallengebühren kein Verständnis entgegenbringe. Es sei «eine Frage des Anstands, den Vereinen gegenüber zu erklären, dass der Gemeinderat so bald als möglich auf seinen Entscheid zurückkommen wolle und sich diesem klaren Votum der Bevölkerung angleichen wolle», so Beni Gnos weiter.

Viele Vereine haben schon 2017 die finanziellen Konsequenzen der neuen Gebühren berechnet. So muss der FC Allschwil mit einem Mehraufwand von rund 12 000 Franken rechnen. Beim kleinen Verein «Badminton für alle» sind es 1100 Franken. Nur mit einer Vervielfachung des Mitgliederbeitrags könnte der Badminton-Verein weiter bestehen. Insgesamt rechnet die Gemeinde mit Mehreinnahmen von rund 60 000 Franken – aus Sicht der Vereine ein Betrag, der für Allschwil praktisch bedeutungslos sei. Für einige Vereine seien die Gebühren aber existenzbedrohend.

Nur Teilbeträge entrichtet

Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli (FDP) bestätigt, dass das Geschäft Gebührenordnung im Gemeinderat noch pendent sei. Wegen der Festtage

und der inhaltlichen Komplexität des Geschäfts sei es zu Verzögerungen bei dessen Behandlung gekommen. «Wir entscheiden nun aber voraussichtlich in diesem Januar über die Gebühren», sagt Nüssli.

Bevor der Gemeinderat die Abgaben allenfalls wieder abschafft, bleibt die umstrittene Gebührenverordnung jedoch bestehen. Die Rechnungen sind vollumfänglich zu bezahlen, heisst es bei der Gemeinde. «Gewisse Vereine haben aber nur einen Teilbetrag beglichen, sei es aus Protest oder aus Geldnot», sagt Rolf Dennler.

Derzeit laufe seitens der Allschwiler IG Vereine eine Umfrage, ob und wie viel der Gebühren bezahlt wurden. Nicole Nüssli hingegen weiss nichts von offenen Rechnungen. «Bis jetzt haben die Vereine die Gebühren bezahlt», sagt die Gemeindepräsidentin.

Nachrichten

Pick-e-Bikes nun auch in Allschwil

Allschwil. Die Zone für die mietbaren Elektrofahrräder von Pick-e-Bike wird ab heute bis nach Allschwil erweitert. Die Gemeinde erhofft sich davon eine Reduktion des motorisierten Verkehrs, wie sie in einer Mitteilung von gestern schreibt. Insbesondere im Gebiet Bachgraben, in dem in den kommenden Jahren mehrere Tausend Arbeitsplätze entstehen sollen, sieht der Gemeinderat grosses Potenzial. Allschwil unterstützt das Projekt mit einer dreijährigen Defizitgarantie. Ausserdem steuert der Kanton Basel-Land finanzielle Mittel bei. Das Angebot von Pick-e-Bike, mit dem per App ein Elektrofahrrad gemietet werden kann, gibt es seit vergangendem Mai. Die Initianten sind die Baselland Transport AG, die Basler Kantonalbank sowie die Genossenschaft Elektra Birseck. Ende 2018 waren 11 600 Kunden registriert. Pro Tag werden im Schnitt 550 Fahrten unternommen.

Motorradfahrer bei Kollision verletzt

Pratteln. Bei einer Kollision zwischen einem Motorrad und einem Auto auf der Rheinstrasse in Pratteln ist am Dienstag der Motorradfahrer verletzt worden. Die Sanität brachte den 56-Jährigen ins Spital. Ein 71-jähriger Personwagenlenker hatte einem anderen Autofahrer kurz vor 17.15 Uhr aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens beim Linksabbiegen von der Rheinstrasse in die Lohagstrasse Vortritt gewährt, wie die Baselbieter Polizei gestern mitteilte. Der Motorradlenker fuhr gleichzeitig auf dem Velostreifen rechts am vortrittsgewährenden Auto vorbei und kollidierte mit dem abbiegenden Fahrzeug. SDA

Rothenflüher dürfen wieder Autos waschen

Rothenfluh. Dank der Niederschläge in den vergangenen Wochen sind die im Juli angeordneten Wassersparmassnahmen in Rothenfluh ab sofort wieder aufgehoben. Die beiden Trinkwasserquellen Horn und Holingen haben sich erholt. Deshalb ist auch das Waschen von «Fahrzeugen jeglicher Art» wieder erlaubt, wie der Gemeinderat gestern via Gemeinde-News-App mitteilte – zusammen mit einem Lob an die Einwohner, die sich diszipliniert an die Anordnungen gehalten hätten und so dafür gesorgt haben, dass stets genügend Trinkwasser vorhanden war.

Das Blaue vom Himmel versprochen

Die Parteien setzten sich an der Wirtschaftsmittelschule Liestal ins beste Licht

Von Thomas Dähler

Liestal. Wer sich politisch engagiert, kann im Kanton oder im Dorf etwas bewegen: Das ist das Fazit eines halbtägigen Politikanlasses an der Wirtschaftsmittelschule (WMS) in Liestal.

Im Vorfeld der Landratswahlen sollten rund 60 soeben stimm- und wahlberechtigt gewordene junge Frauen und Männer, die im letzten Jahr an der WMS stehen, «sich einen Überblick über die Parteien und die Kandidierenden verschaffen können». So jedenfalls stand es in der Einladung, die Chantal Schweizer und Selina Sutter zuvor verschickt hatten.

Acht Parteien im Clinch

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden nicht enttäuscht. Die 16 erschienenen Parteivertreterinnen und -vertreter boten beste Werbung für ein politisches Engagement. Ja, vielleicht sogar noch etwas mehr: Machbar ist politisch mehr oder weniger alles, lautete sogar die Botschaft der Delegationen an acht Parteien an die Jugendlichen. An die Veranstaltung geschickt hatten die Parteien einen guten Mix aus gestandenen Landratsmitgliedern und jungen Kandidierenden. In Workshops gaben je zwei Vertreterinnen oder Vertreter der acht Parteien den Schülergruppen Auskunft.

Die wichtigste Botschaft an die Jugendlichen formulierte Klaus Kirch-

mayr, Landrat der Grünen, an der WMS so: «Geht wählen, sogar SVP wählen ist besser als gar nicht wählen!» Die Jungfreisinnige Samira Schaub ging noch etwas weiter: «Beschäftigt euch mit den Jungparteien, vielleicht ist das etwas für euch!» Die Aufrufe jedenfalls wurden gehört: Die nach dem Anlass befragten WMS-Absolventinnen und -absolventen äusserten sich zum Auftritt der Parteien allesamt positiv.

«Geht wählen, sogar SVP wählen ist besser als gar nicht wählen.»

Klaus Kirchmayr, Grüne

Dies ist mit Blick auf die bekannte niedrige Stimmbeteiligung der Jungen erstaunlich. Beeinflusst dürfte der positive Eindruck, den die Parteien abgaben, durch den Umstand worden sein, dass sie auf die politischen Fragen der Jugendlichen oft so ungefähr das Blaue vom Himmel versprochen.

Bei der Bildung engagieren sich ungefähr alle gegen einen Sparkurs. Alle sind für Chancengleichheit, Bildungsfreiheit und für einen einfachen Zugang zu den einzelnen Schulen – und ganz sicher gegen einen Bildungsabbau. Auf gar keinen Fall dürften die einzelnen Bildungsinstitutionen gegeneinander ausgespielt werden, hiess es. Yves Jenni von den Grünliberalen outete sich sogar

als ehemaliger Schülerdemonstrant gegen die Sparmassnahmen. Sparideen zur Bildung gab es nur zaghaft. Philipp Völlmin von der Jungen SVP sieht bei der Verwaltung noch Sparpotenzial. EVP-Landrätin Sara Fritz ist «gegen Ressourcenverschwendung». Und FDP-Landrat Balz Stückelberger meinte diplomatisch: Der Besuch einer Schule wie der WMS sei ein Privileg und den Preis wert, wenn die Schülerinnen und Schüler auch entsprechend Einsatz leisteten.

Schon mit 16 dabei

Selbstverständlich warben die Politikerinnen und Politiker auch für eine Parteimitgliedschaft. Dominik Beeler etwa trat ganz generell für einen Beitritt zu einer Jungpartei ein. Bei den Jungen Grünen würden schon 16-Jährige mitmachen, sagte er. Patrick Feld von der SP meinte, bei den Jusos könne man sich politisch gut informieren und müsse dennoch «nicht immer der gleichen Meinung sein». Und die Junge SVP nahm für sich in Anspruch, am meisten Jugendliche zu vertreten.

Wer kritisch gegenüber etablierten Parteien eingestellt ist, erfuhr, dass man bei der BDP als Newcomer mehr als bei den traditionellen Parteien bewegen könne. Und CVP-Mann Silvio Fareri sagte, bei der CVP könne man auch unerwartete politische Erfolge buchen, wie dies der von einem CVP-Mitglied angeführte Kampf gegen die Deponien im Laufental gezeigt hat.

Die FDP Baselland will Kooperation unter Spitälern statt Fusion

Die Freisinnigen lancieren eine Initiative für mehr Zusammenarbeit

Von Alex Reichmuth

Liestal. Das Auffälligste an der Medienkonferenz der FDP Baselland von gestern war, dass die Parteispitze fehlte. Weder Präsidentin Saskia Schenker noch Vizepräsidentin Naomi Reichlin noch Fraktionspräsident Rolf Richter waren vor Ort, um für ein Nein zur geplanten Fusion des Universitätsspitals Basel und des Kantonsspitals Baselland zu werben. So musste quasi die zweite Garde in die Hosen steigen.

Laut Landrat Rolf Blatter birgt die Spitalfusion hohe Risiken für die Prämien- und Steuerzahler. Die Fusion zementiere heutige Überkapazitäten, sodass das gemeinsame Unispital Nordwest nicht auf den Strukturwandel im Gesundheitswesen reagieren könne. Das Spital sei aber zu bedeutend, um untergehen zu können («too big to fail»), was auf eine Defizitgarantie durch die Steuerzahler hinauslaufe. Weiter erreiche das fusionierte Spital rund sieben Prozent Marktanteil, was den Wettbewerb bremse und darum die Kosten steigen lasse.

«Bei einem Ja zur Fusion kommt eine Kostenexplosion auf uns zu», warnte auch Landrat Thomas Eugster. Es sei völlig unklar, wie die Regierungen von Basel-Stadt und Baselland auf einen Spareffekt von 70 Millionen Franken gekommen seien. Im Übrigen könnten die Spitäler einen solchen

Betrag, der etwa fünf Prozent der Gesamtkosten ausmache, auch ohne Fusion einsparen. Es sei aber zu befürchten, dass das zusammengeführte Spital wegen seiner Marktmacht träge werde, dass die Qualität abnehme und der Druck sinke, mit Privatspitälern zusammenzuarbeiten.

Marianne Hollinger, Gemeindepräsidentin von Aesch und ehemalige Landrätin, stürzte sich vor allem daran, dass die Regierungen der beiden Basel die Spitalfusion als alternativlos darstellen würden. «Man hätte Alternativen ausarbeiten und diese der Fusion gegenüberstellen müssen.» So entstehe ein «starrer Spitalkoloss». Auf dem Gesundheitsmarkt brauche es aber agile, handlungsfähige Anbieter. Kleinere Spitäler würden zudem in der Patientengunst besser abschneiden als grosse.

Die FDP startete gestern auch die Unterschriftensammlung zu ihrer Initiative «für mehr Kooperationen der Spitäler». Diese verlangt, dass der Kanton Kooperationen zwischen privaten und öffentlichen Spitälern unterstützt. Landrat Sven Inäbnit nannte Clarunis, das gemeinsame Projekt eines Bauchzentrums des Unispitals und des Clara-Spitals, als Beispiel einer sinnvollen Kooperation. Eine solche Zusammenarbeit ermögliche es, die spezialisierte Medizin in der Region zu halten. «Alle lokalen Anbieter des Gesundheitswesens sollen einbezogen werden», so Inäbnit.